

Fachstelle TABU fordert Kompetenzzentren gegen geschlechtsspezifische Gewalt

Vanessa Trampe-Kieslich

Stellungnahme zur Landtagsbefassung und der Beantwortung der Kleinen Anfrage (Drucksache 20/1273) vom 09.08.2023

Im Februar 2023 hat der schleswig-holsteinische Landtag den Antrag „Null Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung!“ einstimmig beschlossen. Ein wichtiger politischer Meilenstein.

Das gilt für zahlreiche Betroffene und nicht zuletzt für die Fachstelle TABU – Frauengesundheit mit dem Schwerpunkt weibliche Genitalbeschneidung und -verstümmelung in Kiel, die sich unter dem Dach der Diakonie Altholstein diesem Thema bereits seit 2019 angenommen hat und mittlerweile für ganz Schleswig-Holstein beratend tätig ist.

Die Antwort der Landesregierung durch die Ministerin für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung vom 9. August 2023 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Annabell Krämer (FDP) zum aktuellen Sachstand des Antrags lässt allerdings Ernüchterung aufkommen (<https://tinyurl.com/5b5epd55>).

So findet sich in dieser Antwort keinerlei Hinweis auf die Fachstelle TABU, die bis dato in Schleswig-Holstein beispiellos ist und das, obwohl sich die Sozialministerin in einer „Starke Stimmen“-Kampagne dankeswerterweise für die Arbeit dieser Beratungsstelle einsetzt. Die Antwort zeigt geradezu exemplarisch auf, dass kein umfassender Überblick über die landesweiten Beratungsangebote vorhanden ist, sondern nur einzelne Projekte und Akteur*innen bekannt sind. Dies ist zum einen nicht nur für die Betroffenen ein mehr als unglücklicher Umstand, denn er verhindert eine zielgerichtete und konsequente Verknüpfung von Hilfen, die in ihrer Summe positiv und nachhaltig für die Menschen wirken könnten. Zum ande-



ren können auf politischer wie auf fachlicher Ebene keine Kompetenzen gebündelt oder wenn nötig adäquat abgegrenzt werden.

Fachberatungsstelle und Netzwerkerin

TABU in Trägerschaft der Diakonie Altholstein hat über die Jahre nicht nur ein umfassendes (über)regionales Netzwerk etabliert, sondern auch fachliche Strukturen entwickelt, die den Forderungen des Antrags „Null Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung!“ in vielen Punkten entsprechen. Als spezialisierte Beratungsstelle für betroffene Mädchen, Frauen und Angehörige bietet TABU fachliche Beratung der betroffenen Frauen und Mädchen sowie eine individuelle Begleitung bis hin zur Rekonstruktion. Berücksichtigt wird dabei, dass die Betroffenen nie isoliert leben, sondern in ihrer Familie und/oder der Community eingebunden sind.

TABU begleitet Familien, die sich mit der Thematik auseinandersetzen und bietet bei Bedarf spezielle Beratungen für Männer aus den Prävalenzgesellschaften an. Auch niedrigschwellige Maßnahmen zur Aufklärung sowie Präventionsmaßnahmen zum Schutz bedrohter Mädchen und Frauen ist von Anfang an ein Hauptaugenmerk der Fachstelle – stets mit dem Blick auf den gesamten Familienverbund und die Community. Darüber hinaus werden Partizipation, Empowerment und der transkulturelle Dialog als elementare Bestandteile präventiver Arbeit verstanden.

Zusätzlich zu den Angeboten für die Zielgruppe bietet die Fachstelle Fortbildungs- und Sensibilisierungsangebote für Fachkräfte an und fördert den interdisziplinären Austausch der unterschiedlichen Kooperationspartner*innen aus Medizin sowie frauen- und migrationsspezifischer Beratung.

Strafverfolgung fördert Isolation

Das heißt, die geforderten Strukturen sind bereits in weiten Teilen vorhanden, jedoch steht bis heute eine Förderung auf Landesebene aus. Vielmehr zeigt die Antwort der Landesregierung, dass unsere Fachexpertise schlichtweg ignoriert wird. Das ist umso bedauerlicher, da eine Bearbeitung der Thematik aus einer rein strafrechtlichen Perspektive weder präventiv noch nachhaltig wirkt. Die Strafverfolgung ist natürlich ein wichtiges Signal, das als Instrument nicht negiert werden soll. Trotzdem muss festgehalten werden: Nur

NesT – Neustart im Team

Ausbau legaler und sicherer Zugangswege

Das Programm NesT – Neustart im Team – gehört zum Resettlement-Programm in Deutschland und ist das bisher einzige Community Sponsorship Programm auf bundesdeutscher Ebene. Es ist ein gemeinsames Programm von Staat und Zivilgesellschaft.

Das NesT-Programm bietet eine wichtige Ergänzung für den Ausbau legaler und sicherer Zugangswege. Besonders schutzbedürftige Flüchtlinge können mit einem humanitären Visum einreisen und müssen sich nicht mehr dem deutschen Asylverfahren stellen.

NesT ermöglicht durch zivilgesellschaftliches Engagement die zusätzliche Aufnahme besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge in Deutschland: Durch den Zusammenschluss von (ehrenamtlich) Engagierten kann die Einreise erfolgen, und zwar durch deren finanzielle und ideelle Beteiligung am Gesamtprozess.

Dabei stellen mindestens vier Personen – sogenannte Mentoring-Gruppen – den Geflüchteten einen angemessenen Wohnraum zur Verfügung und übernehmen für zwölf Monate die Nettokaltmiete. Außerdem unterstützen die Mentor*innen für mindestens ein Jahr beim Ankommen und Einleben, indem sie beispielsweise Behördengänge begleiten, Kontakte zu Schule, Aus- und Weiterbildung herstellen sowie Begegnungen mit der örtlichen Gemeinschaft in die Wege leiten.

Als Zivilgesellschaftliche Kontaktstelle (ZKS) mit Vertretern aus Caritas, dem Deutschen Roten Kreuz und der Evangelischen Kirche von Westfalen aktivieren und informieren wir Interessierte und unterstützen die entstandenen Mentoring-Gruppen von Anfang an.

Mehr Information: Verena Jenter, T. 02304-755345, verena.jenter@kircheundgesellschaft.de oder Hotline der ZKS, T. 02304-7554545, zks@neustartimteam.de

weil statistisch in den vergangenen Jahren kein Fall von weiblicher Genitalverstümmelung polizeilich erfasst wurde, bedeutet es nicht, dass die Bedrohung für Mädchen der zweiten Generation nicht real ist. Die Gefahr besteht also, dass durch eine rigide Kriminalisierung der Praktik betroffene Familien noch weiter in die Isolation gedrängt werden und die geforderten Instrumente zur Prävention sowie zum Schutz der Mädchen nicht zum Tragen kommen.

Kompetenzzentren gegen geschlechtsspezifische Gewalt

Wir befürworten daher nachdrücklich die Schaffung eines landesweiten Kompetenzentrums gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Jedoch zeigt bereits die aktuelle Situation, dass die Erarbeitung und erfolgreiche Umsetzung einer Landesstrategie zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in all ihren Facetten nur gelingen kann,

wenn Fachstellen wie TABU von Anfang an mit involviert werden. Wir sind vernetzt, fachlich versiert und können Wege für die Praxis aufzeigen.

Denn nur unter Berücksichtigung aller involvierten Akteure – von den Frauen, Mädchen und Familien, deren Communities bis hin zu den Beratungsstellen und Fachinstitutionen – können wir es gemeinsam schaffen, dass diese Praktik endet. Und das ist der größte Schutz für die Mädchen!

Wir fordern die Landesregierung daher auf: Kommen Sie mit uns ins Gespräch und lernen Sie uns und unsere Arbeit kennen.

Vanessa Trampe-Kieslich leitet den Geschäftsbereich Soziale Hilfen beim Diakonischen Werk Altholstein in Kiel. www.diakonie-altholstein.de/de/tabu